

11. August 1982

Bericht der Schweizer Delegation an der Sondersession des Verwaltungsrats Umweltprogramm PNUE der Vereinten Nationen, 10. bis 18. Mai 1982, in Nairobi

Departement des Innern. Antrag vom 6. Juli 1982 (Beilage)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

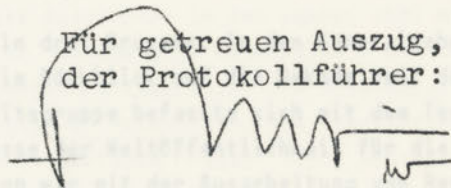
b e s c h l o s s e n :

Der vorgelegte Bericht wird genehmigt.

Protokollauszug an:

- EDI 5 zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EJPD 3 " "
- EMD 4 " "
- EFD 7 " "
- EVD 5 " "
- EVED 5 " "
- BK 3 (Br, FC, AC) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



1. Die Schweizer Delegation

Die Schweizer Delegation wurde vom Unterzeichnenden angeführt. Er wurde begleitet von Dr. B. Mohler, stellvertretender Direktor des Bundesamts für Umweltschutz, Geschäftsführer F. J. Jacquot, Geschäftsführer der schweizerischen Vertretung in Nairobi und ständiger Vertreter beim Umweltprogramm PNUE der UNO; B. de Niederratten, Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung III des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten; und A. Clerc, Chef des Dienstes Internationale Organisationen im Bundesamt für Umweltschutz.

Während der Veranstaltung wurde die Schweizer Delegation vertreten durch zwei Angehörige der schweizerischen Vertretung in Nairobi, M. V. Christen und S. Rada.





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Ausgeteilt

3003 Bern, 6. Juli 1982

An den Bundesrat

Bericht der Schweizer Delegation an der Sondersession des Verwaltungsrats Umweltprogramm PNUE der Vereinten Nationen, 10. bis 18. Mai 1982, in Nairobi

1. Die Sondersession des Verwaltungsrats PNUE

Der Verwaltungsrat des Umweltprogramms PNUE der Vereinten Nationen tagte vom 10. bis 18. Mai 1982 in Nairobi an einer Sondersession, aus Anlass des Gedenkens an die 1972 in Stockholm veranstaltete erste Umweltschutz-Ministerkonferenz der UNO.

Die Sondersession wurde von mehr als hundert Länder-Delegationen beschickt. Zwei davon, Zaire und Sudan, wurden von deren Staatschefs angeführt, nahezu 80 von Ministern oder Staatssekretären. Die Sondersession wurde von PNUE-Exekutivdirektor M. Tolba, in Anwesenheit des kenyanischen Staatspräsidenten arap Moi, feierlich eröffnet. Zum Sessionspräsidenten wurde der kenyanische Umweltschutzminister, Oloo-Aringo, gewählt.

Die Arbeit der Sondersession vollzog sich in drei Gruppen. In den Generaldebatten beurteilten die Delegationen den Stand der Umwelt im Rückblick auf die Dekade seit der Umweltschutzkonferenz von 1972 in Stockholm. Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit dem Text der Deklaration. Deren Ziel besteht darin, das Interesse der Weltöffentlichkeit für die globalen Umweltprobleme zu wecken. Die Plenarkommission war mit der Ausarbeitung von Resolutionstexten beauftragt, worunter namentlich eine Resolution über den Stand der Umwelt und die Aussichten bis zum Jahr 1992 fielen.

2. Die Schweizer Delegation

Die Schweizer Delegation wurde vom Unterzeichnenden angeführt. Er wurde begleitet von Dr. B. Böhlen, stellvertretender Direktor des Bundesamts für Umweltschutz, Botschafter P.E. Jaccaud, Geschäftsträger der schweizerischen Vertretung in Nairobi und ständiger Vertreter beim Umweltprogramm PNUE der UNO, B. de Riedmatten, Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung III des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, und A. Clerc, Chef des Dienstes Internationale Organisationen im Bundesamt für Umweltschutz.

Während der Sondersession wurde die Schweizer Delegation verstärkt durch zwei Angehörige der schweizerischen Vertretung in Nairobi, HH. V. Christen und P. Pata.

3. Die Arbeiten der Sondersession

Die im Plenum abgegebenen Voten stellten der Arbeit des Umweltprogramms PNUE im allgemeinen ein gutes Zeugnis aus. Wenn der im Jahr 1972 in Stockholm verabschiedete Aktionsplan auch nur teilweise verwirklicht werden konnte, so lag dies nicht am Umweltprogramm PNUE, sondern am fehlenden politischen Durchsetzungsvermögen der Staaten, an fehlenden Mitteln und an den Schwierigkeiten, welche die Koordination der Tätigkeiten im Bereich des Umweltschutzes im Rahmen der Vereinten Nationen und ausserhalb der UNO stellen. Alle Votanten waren sich darüber einig, dass die Anstrengungen von PNUE verstärkt werden sollen, und dass eine Annäherung im Umweltschutz erreicht werden muss. Die Generaldebatte hat zu einem besseren Verständnis der Dringlichkeit von Umweltproblemen wesentlich beigetragen. Zehn Staaten haben eine Erhöhung ihrer freiwilligen Beiträge an das Umweltprogramm PNUE zugesagt, darunter Grossbritannien, die Niederlande, Schweden, Kuwait, Lybien, usw.

Die Deklaration der Schweiz wurde vom Unterzeichnenden abgegeben, der über die seit 10 Jahren auf nationalem, regionalem und globalem Gebiet unternommenen Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes Bilanz zog und PNUE unsere Unterstützung zusicherte. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer realistischen Betrachtungsweise wurde die Koordinationsaufgabe, die von PNUE wahrgenommen werden muss, unterstrichen.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit der Deklaration der Sondersession befasste, hatte bereits im November 1981 getagt und, im Rückblick auf die Stockholmer Konferenz von 1972, den damals erlassenen Appell an die Weltöffentlichkeit erneuert. Der von der Gruppe vorgelegte Deklarationsentwurf fand schliesslich den Konsens der teilnehmenden Delegationen, wengleich er nicht mit der Deklaration von Stockholm verglichen werden kann. So widersetzten sich die industrialisierten Länder der Absicht, PNUE operationelle Aufgaben zu übertragen, und drangen damit durch. Damit blieb es bei einem erneuten allgemeinen Appell an die Öffentlichkeit, in den Anstrengungen um den Umweltschutz nicht nachzulassen.

Die Plenarkommission legte das Schwergewicht ihrer Arbeiten auf einen sehr ausführlichen Bericht über den Zustand der Umwelt und die Aussichten in den Jahren 1982 bis 1992 und auf die Ausarbeitung einer Resolution über eine "unabhängige Kommission". Der Bericht umfasst sechs Teile, unter anderem über die erreichten Fortschritte, die neue Optik bei der Behandlung von Umweltproblemen, die vordringlichen Massnahmen, die Ausrichtung des Umweltprogramms PNUE bis 1992 und weitere, PNUE betreffende Fragen. (Eine provisorische Fassung des Berichts ist beim Bundesamt für Umweltschutz erhältlich.)

4. Besondere Fragen

Die "unabhängige Kommission" zur Erarbeitung einer Umweltstrategie

In jüngster Zeit haben sich der Verwaltungsrat PNUE und die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Schaffung einer sogenannten "unabhängigen Kommission" (ähnlich der "Kommission Brandt") befasst, die eine Umweltstrategie bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus entwickeln soll. Japan und Schweden brachten einen Resolutionsentwurf ein. Im Verlauf der informellen Diskussionen zeigte es sich, dass verschiedene Staaten, namentlich die westlichen, dem Projekt geneigt waren; Oststaaten und Entwicklungsländer befürchteten indessen eine Neuorientierung von PNUE, die ihnen nachteilig zu sein schien, so dass kein Konsens zustande kam. Mit 40 zu 14 Stimmen ergab sich dann zwar eine befürwortende Mehrheit. 8 Länder, darunter Frankreich, enthielten sich der Stimme. Das Geschäft wurde dem Verwaltungsrat PNUE zur Behandlung an seiner 11. Session überwiesen; die Generalversammlung der UNO wird sich an ihrer 37. Session ebenfalls damit zu befassen haben.

1264

Gemäss den erhaltenen Instruktionen hat sich die Schweizer Delegation für die Schaffung einer unabhängigen Kommission eingesetzt und daran erinnert, dass in Genf die Möglichkeit besteht, das Kommissionssekretariat unterzubringen, wobei die Konferenzlokale und die Büros, gemäss einer Offerte der Stadt Genf, unentgeltlich zur Verfügung stünden. Auch Oesterreich und Spanien haben sich bereit erklärt, der Kommission in ihrem Land Gastrecht zu gewähren.

Politische Fragen

Politische Fragen spielten, wenn man vom Problem der Abrüstung absieht, lediglich eine marginale Rolle.

Die mexikanische Delegation verlangte zunächst die Aufnahme eines Deklarationszusatzes über die Abrüstung. Unter dem Druck einer Mehrheit der Delegationen zog sie in letzter Minute ihren Antrag zurück und begnügte sich damit, eine separate Resolution einzubringen, wobei sie von Schweden unterstützt wurde. Die auf Antrag Argentinien durchgeführte Abstimmung ergab 56 befürwortende ("Gruppe 77" und sozialistische Staaten) und 4 ablehnende Stimmen (lateinamerikanische Staaten), bei 14 Enthaltungen (Mehrheit der westlichen Staaten, darunter die Schweiz).

Kanal vom Toten Meer zum Mittelmeer

Die arabischen Staaten, Indien und Pakistan brachten eine Resolution ein, laut welcher PNUC beauftragt werden sollte, über das von Israel durchgeführte Projekt eines Kanalbaus zwischen dem Toten Meer und dem Mittelmeer eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen. Israel widersetzte sich, fand aber lediglich die Unterstützung der Vereinigten Staaten, während sich die übrigen westlichen Staaten (darunter auch die Schweiz) der Stimme enthielten.

Malvinien

Argentinien, das zunächst beabsichtigt hatte, eine Resolution über die Malvinien-Frage einzubringen, begnügte sich schliesslich damit, eine Deklaration der lateinamerikanischen Länder (ohne Mexiko) zirkulieren zu lassen. Grossbritannien verzichtete darauf, Stellung zu nehmen.

Kambodscha

Fragen im Zusammenhang mit dem Regime von Pol Pot konnten in der Geschäftsprüfungskommission behandelt werden, wo ein Konsens zustande kam.

Wir schlagen Ihnen vor, den vorstehenden Bericht zu genehmigen.

Protokollauszug an (je 5)

- EDA
- EDI
- EJPD
- EMD
- EFD
- EVD
- EVED
- BK

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

Hülsmann